

Ivonne Fischer-Krapohl, Marc Gottwald

Praxislandschaften migrantInnenorientierten Wohnungsbaus

Betrachtung neuerer Wohnprojekte zur Integration von MigrantInnen im Bereich Bauen und Wohnen

Städtische Wohnungspolitik und die Wohnungswirtschaft müssen auf längere Sicht mit neuen Herausforderungen rechnen. Die drei großen Komponenten des demografischen Wandels sind Alterung, Schrumpfung und Internationalisierung. „Demographischer Wandel induziert einen gesellschaftlichen Wandel, dem sich kein Mitglied entziehen kann“ (Gans 2006: 2). Dabei geht es aber nicht nur um rein quantitative Effekte, sondern zunehmend auch um qualitative: Wir werden es zu tun haben mit einer Pluralisierung und Ausdifferenzierung von Lebensstilen, die eine Heterogenisierung der Nachfrage mit zunehmend individualisierten Bedürfnissen zur Folge hat (vgl. Schlömer 2006: 14).

Die Internationalisierung kann zunehmend als Chance und Herausforderung begriffen werden: Zuwanderung mildert die beiden primären demografischen Entwicklungen der Schrumpfung und Alterung (vgl. Schlömer 2006: 10), im Ergebnis steigt damit der relative Anteil an MigrantInnen an der (Stadt-) Bevölkerung. Ohne die nicht originär deutsche Bevölkerung sähe die Bevölkerungsbilanz gerade in den Kernstädten noch viel ungünstiger aus als sie sich zurzeit darstellt (vgl. Meyer 2004: 100).

Dabei wird noch viel zu selten in den Blick genommen, dass der demografische Wandel auch qualitativ Veränderungen mit sich bringen wird: Die „Revolution auf leisen Sohlen“ (Waltersbacher 2006: 113) wird räumliche Wirkungen auf den Wohnungsmarkt haben und die Nachfragestruktur deutlich verändern. Bislang hat sich die erzwungene Segregation für MigrantInnen im Zusammenhang mit einem angespannten Wohnungsmarkt entwi-

ckelt. Aufgrund der steigenden Wohnungsleerstandsquoten und sinkender oder stagnierender Mieten, zumindest in Teilregionen der Republik, wird zukünftig wahrscheinlich eine stärkere Fluktuation innerhalb der Städte begünstigt. Die Polarisierung innerhalb einer Stadt wird sich dann noch verschärfen, wenn auch besser gestellte MigrantInnen die Gelegenheit nutzen, ihre Wohnsituation zu verbessern und den benachteiligten Stadtteilen zu entfliehen. MigrantInnen gehören trotz aller Benachteiligungen zu den sozio-ökono-

Abb. 1: Zusammenarbeit schafft Frieden



Foto: M. Gottwald

Auszug aus:

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

misch stabilen Haushalten. Gerade in den benachteiligten Stadtteilen hat sich ein Mittelstand herausgebildet, der aus Akademikern, Selbständigen und qualifizierten Angestellten besteht. Sie haben gut funktionierende soziale Netze geschaffen und stellen ein hohes Sozialkapital für die Stadt dar.

Mit Verlust des Mittelstands unter den MigrantInnen aber drohen benachteiligte Stadtquartiere noch mehr zu Orten sozialer Exklusion und damit wiederum zur Ursache erneuter Benachteiligung zu werden (vgl. Meyer 2004: 102). Den türkischen Mittelstand in den benachteiligten Stadtteilen zu halten, könnte eine Zielvorstellung der Planung sein, um eine weitere sozialen Entmischung in der Stadt zu verhindern. Dafür wären jedoch neue politische Impulse und qualitativ gute Angebote im Wohnbereich notwendig.

Insgesamt wird also die Heterogenisierung der Nachfrage eine Abkehr von standardisierten Bedarfskennziffern erfordern (vgl. Waltersbacher 2006: 113). Kenntnisse über die Wohnwünsche der eigenen Klientel werden für die Wohnungsanbieter immer wichtiger, also auch bezüglich der wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Diese wird zur Zeit von der Politik jedoch nur unter dem Aspekt ‚Integration‘ beachtet. Wenn aber Investitionen für Integration geleistet werden sollen, dann sind diese neben schulischer Ausbildung und Berufsausbildung auch zur Qualifizierung der Wohnsituation und für das Wohnumfeld zu tätigen. Abwanderungsprozesse geschehen nämlich auch wegen der schlechten Ausstattung im Wohnumfeld (vgl. ILS/ZEFIR 2006: 13). Die Wohnung und das Wohnumfeld können als eine zentrale Basis für positive Integrationsprozesse angesehen werden. Dem müssen Politik und Wohnungswirtschaft Rechnung tragen.

1. Wohnbedürfnisse von MigrantInnen – MigrantInnen als neue Kunden von Wohnungsunternehmen

Der städtische Raum und das Wohnquartier bilden den „sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf, Sozialkontakte oder Teilhabe am kommunalen und städtischen Lebens. Außerdem sind Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren von erheblichem Gewicht, weil sie Aktionsräume definieren“ (Verbundpartner 2005: 14). „Neben der ökonomischen, politischen und rechtlichen Integration spielt die soziale Integration für Zuwanderinnen und Zuwanderern eine herausragende Rolle für das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Das alltägliche Wohn- und Lebensumfeld hat hierbei eine zentrale Funktion. Vor allem Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil des Tages im Stadtteil, ebenso die nicht erwerbstätigen Erwachsenen. Der Stadtteil stellt für diese Gruppen Lebensmittelpunkt, Lernraum und wichtiges Kontaktfeld dar“ (Bundesbeauftragte 2005: 101). Aber: die Mehrheit der MigrantInnen ist benachteiligt in Bezug auf Qualität, Größe und Ausstattung der Wohnungen (vgl. auch Bursa in diesem Band) und sie leben überwiegend und konzentriert in benachteiligten Stadtteilen, die durch ein schlechtes Wohnumfeld gekennzeichnet sind.

Daneben lässt sich in Forschung und Praxis immer deutlicher feststellen, dass sich die Wohnwünsche von MigrantInnen denen der deutschen Bevölkerung annähern. Ausreichend große Wohnungen sowie ein ansprechend gestaltetes Wohnumfeld sind hier die Stichpunkte.

Da sich die Wohnwünsche und Bedarfe von MigrantInnen zunehmend ausdifferenzieren, ist danach zu fragen, wie diese als MieterInnen oder EigentümerInnen leben möchten.

Wichtig sind zum Beispiel eine gute Außenraumbindung und ein ansprechendes Wohnumfeld mit Freiraumbezug. Vor allem auch Mietergärten werden von Zuwanderern stark nachgefragt; diese bieten Raum zur persönlichen Selbstverwirklichung, dienen der Kommunikation und dem Austausch (vgl. Verbundpartner 2005: 59; ILS/Nehom 2003). In diesem Zusammenhang braucht es Räume für Zusammenkünfte der MieterInnen, z.B. zu Festen oder auch zu religiösen Anlässen. Immer wieder wird auch nachbarschaftlichen Mehrgenerationenwohnen gewünscht. Für die immer noch größeren Familien sind Mehrraumwohnungen zu planen (vgl. Waltz et al. 2004: 270). Selten sind Merkmale einer migrantInnenspezifischen Wohnarchitektur nötig, oftmals erweisen sich Wohnungen mit Allraumgrundrissen und zentraler Küche als gut geeignet (vgl. Hansen 2005: 49; Verbundpartner 2005: 56).

Beispiele und Erfahrungen zeigen aber auch, dass glaubensspezifisch für traditionell orientierte streng gläubige muslimische Haushalte bestimmte Vorkehrungen für die Hygiene in Verbindung mit der Ausübung der Religion wichtig werden können, z.B. eine spezifische Ausrichtung des WC-Beckens, eine optische Trennung von WC und Waschbecken (für religiöse Gebetswaschungen), Nichteinsehbarkeit der Zimmer und wegen der Trennung nach Geschlecht große Küchen und abgetrennte Wohnzimmer. Dies alles muss nicht zu Übertreibungen führen oder gar unmöglich sein (vgl. Hansen 2005: 49).

Erfahrungsgemäß kann es also zu folgenden neuen Anforderungen an Wohnung und Wohnumfeld kommen:

- neue Ansprüche an den Außenraum, öffentliche, halböffentliche, private Räume;
- neue Ansprüche an Gemeinschaftsräume, für Kommunikation, Austausch;
- neue Ansprüche an Grundrissgestaltung, Wohnküche, flexible Nutzungen;
- Möglichkeiten des Mehrgenerationenwohnens, Tandemwohnungen;
- glaubens-spezifische Raumanforderungen, Bad, WC, Küche getrennt, Frauenräume, Waschungen und Gebet.

Im Folgenden stellen wir einige Beispiele vor, die diese verschiedenen oder einzelne dieser Aspekte bewusst berücksichtigt haben.

2. Die Praxisbeispiele – Experimentelle Initiativen für einen an MigrantInnen orientierten Wohnungsbau

Die Projektauswahl erfolgte im Hinblick auf die Darstellung einer möglichst großen Bandbreite unterschiedlichster Projekte; Kriterien waren unter anderem die verschiedenen Zielgruppen der Wohnprojekte hinsichtlich Alter, Religion und/oder ethnischer Zusammensetzung, unterschiedliche Trägerschaften und Rechtsformen sowie die Darstellung verschiedener Wohnformen unter Berücksichtigung von Projekten aus dem In- und Ausland. In Deutschland gibt es (noch) keine sonderlich stark ausgeprägte Projektlandschaft, doch gibt es sicherlich weitere Projekte, die inzwischen hinzugekommen sind. Zum Vergleich wurden drei typische Projekte aus dem Ausland, hier den Niederlanden und Österreich, hinzugenommen. Auch diese umfassen vor allem in den Niederlanden nicht alle bestehenden Projekte, sondern nur die für unsere Problemstellung relevantesten in Amsterdam.

Vorab können folgende Kategorisierungen getroffen werden; es kann unterschieden werden zwischen

- Neubauprojekten einerseits und Projekten im Bestand andererseits, wobei eine räumliche Geschlossenheit vorausgesetzt wird und ‚wohnbegleitende‘ Maßnahmen relevant sind,
- Projekten, die sich nur an MigrantInnen bzw. sogar sich speziell an nur eine Ethnie richten, und
- gemischt multiethnischen Projekten mit Beteiligung ‚autochthoner‘ BewohnerInnen.

Auch die Frage der Selbstorganisation und der Förderung sowie der Zusammenhang mit dem bestehenden Umfeld spielt eine Rolle. Schließlich wollen wir versuchen, aus diesen Beispielen Hinweise für neue Anforderungen an den Wohnungsbau für zukünftige Mietergruppen aus dem MigrantInnenspektrum zu gewinnen. Dabei können wir nicht auch noch die unterschiedliche Einwanderungs- und Integrationspolitik der herangezogenen Nachbarländer berücksichtigen, die ganz sicher ein zentraler Hintergrund für unterschiedliche Herangehensweisen zu diesem Bereich der Planung und Stadtentwicklung ist.

2.1 Beispiele aus den Niederlanden

In den Niederlanden findet sich eine ausgeprägte Projektlandschaft im Bereich Wohnen. Amsterdam, die Stadt, in der nahezu die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund besitzt (vgl. Musterd 2004: 227), kann als ein ‚Labor der Integration‘ angesehen werden: Musterd spricht von einer – trotz vorhandener Probleme – fort bestehenden „offenen und toleranten Kultur der Stadt“ (ebd.: 221). Die hier vorgestellten Projekte in Amsterdam zeigen, dass es möglich und hier gewollt ist, auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Beide im folgenden beschriebenen Projekte beziehen sich auf die besonderen Bedarfen älterer MigrantInnen, in beiden Fällen aber ganz unterschiedlich und differenziert auf die jeweilige ‚ethnische‘ Gruppe ausgerichtet.

„Anand Joti“ – ein Wohnprojekt für ältere Menschen aus Surinam in Amsterdam, 1989

Die Idee für dieses Projekt entstand 1989 während eines hinduistischen Kulturtreffens, das konkret die Frage nach dem ‚Wohnen im Alter‘ thematisierte. Zielgruppe des Wohnprojektes ‚Anand Joti‘ in der ‚Indischen Buurt‘, einem Stadtteil von Amsterdam mit sehr hohem Ausländeranteil, waren über 50-jährige alleinstehende Menschen hinduistischen Glaubens aus Surinam, einer ehemaligen niederländischen Kolonie im Norden Lateinamerikas². Traditionell leben alte Menschen aus Surinam in einer Großfamilie. Durch die vorgefundenen Rahmenbedingungen veränderte sich jedoch ihre Familien- und Wohnform so, dass die meisten alten Menschen heute allein stehend sind; sie haben Probleme mit der Isolation und Einsamkeit.

Das Bauprojekt: Das Projekt wurde gefördert und auf diese Gruppe zugeschnitten. Es umfasst 24 Wohneinheiten. Jede Wohnung verfügt über eine Küche, einen Wohn- und einen Schlafraum. Zwei Wohntrakte und ein Gebäudeteil, in dem sich ein Gemeinschaftsraum mit direktem Zugang zum gemeinsamen Garten befindet, werden über einen verglasten Laubengang zur Straßenseite hin miteinander verbunden.

Der Wohnstandard der Anlage liegt qualitativ wesentlich höher als der von den meisten BewohnerInnen bisher erlebte. Das primäre architektonische Ziel bestand vor allem darin, den BewohnerInnen, neben ihrem Privatraum, möglichst viel Frei- und Gemeinschaftsfläche zu bieten, um sich auszutauschen und gemeinsamen Aktivitäten nachzugehen. Gegenseitige Hilfe auf Basis persönlicher Beziehungen war ein zentraler Aspekt des sozialen Konzepts.

Die Umsetzung: Zentral für die Planung war ein hoher Grad an Identifizierung der BewohnerInnen mit den Inhalten des Wohnprojektes, daher stand die Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung des Konzepts im Mittelpunkt. Man entschied sich auf ihren Wunsch hin für eine monokulturelle Wohnanlage. Die hierbei entstandenen Wohnungen werden inzwischen, wie vorgesehen, ausschließlich von älteren, meist allein stehenden Hindus aus Surinam bewohnt. Sie haben ein Zusammenleben mit den Kindern bei der Planung des Projekts von vornherein ausgeschlossen. Der gemeinsame kulturelle und religiöse Hintergrund verbindet sie. Entscheidungen über die Annahme oder Ablehnung von Nachmieterinnen und Nachmietern werden in der Gruppe getroffen. Die Gründung eines Seniorenvereins spielt im Zusammenhang mit der Selbstorganisation eine wichtige Rolle. Er organisiert neben der gegenseitigen Hilfestellung auch eine ambulant betreute Wohngruppe von 15 Personen.

„De Hudsonhof“ – ein Wohnprojekt für ältere Menschen unterschiedlicher Herkunft und Mehr-Generationen-Wohnen in Amsterdam, 1998

Das Projekt ‚Hudsonhof‘ liegt im Stadtteil ‚De Baarsjes‘ in Amsterdam. Hier leben überwiegend Menschen aus Marokko und der Türkei, aber auch aus Portugal und Osteuropa. Niederländer sind in diesem Stadtteil in der Minderheit. Ältere Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur gehörten bei diesem Projekt deshalb zur Hauptzielgruppe. Vor allem die älteren Zuwanderer können heute weniger auf die traditionelle Unterstützung durch die Großfamilie bauen, haben aber gleichzeitig Zugangsschwierigkeiten und auch eine große Zurückhaltung gegenüber Angeboten der inländischen Altenhilfe. Viele von ihnen haben trotz recht geringen Alters hohen Pflegebedarf, der auf stark belastende Arbeitsumstände zurückgeht, die bei großen Teilen zu einer Frühverrentung geführt haben. Mit dem Ende der Erwerbsarbeit haben sie sich verstärkt in Zusammenhänge der eigenen Ethnie zurückgezogen und halten durch Pendelmigration auch wieder einen verstärkten Kontakt zum Ursprungsland. Dies stellt eine Kostenbelastung dar und schränkt die Mietzahlungsfähigkeit ein, auch im Hinblick auf kostenintensive stationäre Seniorenheimangebote. Es war auch der Bedarf nach flexibel nutzbaren Unterstützungsleistungen im angestammten Wohnumfeld erkennbar.

Das Bauprojekt: Der Hudsonhof umfasst 54 Wohneinheiten, davon sind 30 explizit für ältere MigrantInnen vorgehalten, und ist weiter untergliedert in Wohngruppen für verschiedene Nationalitäten. Durch eine mögliche Generationenmischung soll ein hohes Maß an gegenseitiger Unterstützung gewährleistet werden. Hierzu gibt es zahlreiche Gemeinschaftsräume, die teils den Wohngruppen bzw. Ethnien zugeordnet sind, aber auch Sport-

und Computerangebote für alle Generationen, besonders für die jüngeren, bereitstellen. Die Räume sind flexibel angeordnet, d.h. sie sind mit Schiebetüren ausgestattet und können zusammengeschaltet oder voneinander getrennt werden. Auch der Innenhof ist als Ort der Begegnung und für gemeinsame Aktivitäten gedacht.

Die Umsetzung: Das Projekt wird von den Bewohnern insgesamt fast ohne professionelle Unterstützung verwaltet. Es gibt eine Kommission, die vor allem die Gebäudebelegung verwaltet. Ein hauptberuflicher Hausbetreuer steht sechs Stunden pro Woche zur Verfügung, er ist Ansprechpartner und Organisator. Das Projekt wird zum Teil vom Stadtteil ‚De Baarsjes‘ und durch Hilfs-Fonds finanziert. Zwei Probleme sind bemerkenswert. Es hat sich inzwischen herausgestellt, dass die Gemeinschaftsräume fast nur von Männern benutzt werden. Bei zukünftigen, vergleichbaren Projekten, wird daher mehr Wert auf Aktivitäten und Kurse speziell für Frauen und Mädchen gelegt. Leider hat das Projekt auch finanzielle Engpässe zu meistern, was zum Teil einer baulichen ‚Überausstattung‘, insbesondere mit Gemeinschaftsräumen, zugeschrieben wird und bei weiteren Planungen besonders überprüft werden soll. Es lässt sich festhalten, dass in den Niederlanden offiziell keine negative Haltung zu migrantInnenbezogenen bzw. monoethnischen Ansätzen im Wohnbereich besteht. Die Bedürfnisse der jeweiligen NutzerInnen werden ernst genommen und im Idealfall schon bei der Planung berücksichtigt. Hier wird traditionell die soziale Unterstützungsleistung der Nachbarschaft und des Umfelds gegenüber professioneller sozialer Unterstützungen betont und bevorzugt. Das führt dazu, dass viele Projekte in gewissem Grad auf Selbstorganisation und Selbstinitiative beruhen.

2.2 Ein Beispiel aus Österreich

Trotz einer ausgeprägten Landschaft öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Österreich und vor allem in Wien, konnten MigrantInnen bisher nicht offiziell hiervon profitieren. Die sogenannten ‚Gemeindewohnungen‘, in denen 31% der WienerInnen leben, standen bisher nur Inländern offen. Dies ist erst im Jahre 2005 durch eine gesetzliche Regelung zu Gunsten der MigrantInnen geändert worden, allerdings auch vorzugsweise für MigrantInnen mit österreichischem Pass. Bevorzugte Wohnbereiche von MigrantInnen in Gründerzeitquartieren erfuhren zudem in Folge von Stadterneuerungsmaßnahmen in den 1990er Jahren deutliche Preissteigerungen. Wien gilt aktuell als das ‚Boomende Tor zu Osteuropa‘. Wien ist durch eine sehr kleinräumige Segregation geprägt, stark ethnisch geprägte Stadtteile existieren nicht, sondern eher Kleinquartiere mit ethnischer Bewohner-Konzentration inmitten insgesamt erneuerungsbedürftiger Stadtteile (vgl. Kohlbacher/Reeger 2000: o.S.). Das im Folgenden beschriebene Projekt gab den Anstoß für eine neue, auf MigrantInnen bezogene Wohnungspolitik.

Der ‚Globale Hof‘ – Wohnen in interethnischen Nachbarschaften – Wien, 1998

Der ‚Globale Hof‘ als eines der ersten Wiener Beispielprojekte zur Integrationsförderung im Bereich Wohnen wurde noch vor der neuen Regelung 1998 von einer der drei großen Wiener Wohnungsbaugesellschaften, der ‚Sozialbau‘, geplant. Er liegt im 23. Bezirk der

Stadt an der Anton-Baumgartnerstraße, als ein Teil der Großwohnsiedlung ‚Wien-Süd‘. Die ‚Sozialbau‘ ging von der Erkenntnis aus, dass die Städte in Zukunft zunehmend durch MigrantInnen wachsen werden und dementsprechend auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe reagiert werden müsse. Das Bestreben, die Entstehung eines monoethnischen ‚Ghettos‘ zu vermeiden, war ein anderes Argument für die Idee des Projektes; es sollte Ethnienvielfalt erreicht werden. Für die Wohnungswirtschaft sollte aufgezeigt werden, dass ein gleichberechtigter Zugang für alle BürgerInnen sinnvoll ist und funktioniert. Die Zielgruppen des Projekts waren und sind also gleichermaßen ÖsterreicherInnen wie Menschen mit Migrationshintergrund. Der Prozentanteil von Zuwanderern sollte mit 50% aber relativ hoch sein. Bevorzugt wurden und werden die Wohnungen an junge Menschen und Familien mit (überdurchschnittlich) vielen Kindern vermietet.

Das Bauprojekt: Das Projekt umfasst 140 Wohnungen in einem Hauskomplex, davon sind 44% Ein-Personen-Haushalte. Die vielen Gemeinschaftsbereiche, wie Dampfsauna, ein großer Veranstaltungsraum, Waschsalon, etc. schaffen Orte der Begegnung und sollen den Kontakt zwischen den BewohnerInnen fördern. Zudem stehen private Dachgärten, Gärten im Erdgeschoss oder Loggien zur Verfügung. Es gibt ein Angebot von 79 verschiedenen Fernsehkanälen, einen gut einsehbaren Kinderspielplatz im Innenhof und sogenannte ‚Sitzstufen‘ für Jugendliche. Die Wohnanlage mit ihren vielen Gemeinschaftsräumen gleicht in ihrer architektonischen Geschlossenheit einem kleinen Dorf und erfüllt damit den Wunsch vieler nach Übersichtlichkeit und ‚Heimat‘. Planerisch gesehen hat sich das Konzept der Anlage, bis auf die erhoffte, intensive Benutzung der Gemeinschaftseinrichtungen, überwiegend durchgesetzt. Ein monatlicher Brunch für Mütter und Kinder erhält großen Zuspruch.

Die ca. 300 BewohnerInnen stammen heute aus siebzehn verschiedenen Nationen, vier Prozent von ihnen sind im Ruhestand.

Die Umsetzung: Vor dem Bezug der Anlage veranstaltete die Sozialbau Kennenlern-Treffen für die zukünftigen BewohnerInnen, um die Kommunikation unter den BewohnerInnen von vornherein zu fördern. Nach dem Bezug wurde ein ‚Rund-um-die-Uhr-Hausbetreuer‘ mit Migrationshintergrund benannt, der bei Konflikten zwischen MieterInnen und Hausverwaltung, aber auch unter den MieterInnen, vermitteln soll(te). Das Konzept der Anlage bietet zudem Müttern und Vätern die Möglichkeit in den ersten Lebensmonaten ihrer Kinder eine ‚interne‘ Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen.

Zu diesem Projekt liegt ein Evaluationsbericht vor. Danach brachte das Zusammenleben mit anderen Kulturen für viele Menschen positive Erfahrungen, aber auch neue, andersartige Konflikte als in herkömmlichen Wohnanlagen mit sich. Zu den typischen Problemen zählen die unterschiedlichen Auffassungen von Sauberkeit und Ordnung, wobei hier die Trennlinie sowohl zwischen Kulturen als auch zwischen Altersgruppen und verschiedenen Lebensstilen liegt.

Die Mehrheit der BewohnerInnen, sowohl Einheimische als auch Zuwanderer, sehen im Bewohnen dieser multikulturellen Wohnanlage einen Gewinn an Lebensqualität, was sich vor allem in der geringen Fluktuation der MieterInnen widerspiegelt. Zu der, vor allem von

NichtchristInnen beschriebenen, toleranten und liberalen Atmosphäre innerhalb der Wohnanlage trägt unter anderem die Gründung des Bewohnervereins ‚Mitanand‘ maßgeblich bei. Die interethnische Vielfalt ist vor allem bei Festen für Erwachsene und Kinder deutlich spürbar. Nach Meinung vieler BewohnerInnen ist mit diesem Projekt insgesamt eine gute und unauffällige Integration gelungen. Natürlich gibt es auch Stimmen, die sagen, sie seien nicht so zufrieden, dass sie diese Art zu Wohnen weiter empfehlen würden.

Von der Seite der Wohnungswirtschaft kann betont werden, dass die Erfahrungen mit ‚Interethnischen Nachbarschaften‘ die soziale Kompetenz der MitarbeiterInnen erhöhen und dem Unternehmen neue Impulse geben kann. „Das gelungene Integrationsprojekt trägt dazu bei, die Reputation der Sozialbau speziell bei Zuwanderern, die ihre Zukunft in Österreich sehen, zu stärken“ (Sozialbau 2003: 5).

Abschließend lässt sich sagen, dass die Wiener Wohnungswirtschaft offensichtlich den Trend zukünftiger Interessenten mit Migrationshintergrund erkannt und darauf entsprechend und mit differenzierten Überlegungen reagiert hat. Das Projekt ‚Globaler Hof‘ war ein Pilotprojekt und hat mit dazu beigetragen, dass der Städtische Wohnungsbau endlich auch den MigrantInnen geöffnet worden ist. Es wurde und wird damit auch dem Umstand Rechnung getragen, dass auch die Wohnbedürfnisse der Zuwanderer im Wandel begriffen sind und der Wunsch nach Zugang zu den modernen Neubauvierteln auch bei ihnen besteht.

2.3 Projekte in der Bundesrepublik Deutschland

MigrantInnenspezifische Wohnprojekte in der Bundesrepublik sind vereinzelt und beruhen noch nicht auf einem neuen Trend, obwohl sich die Wohnungsunternehmen bereits mit diesem Thema auseinandersetzen (vgl. Waltz et al. 2004). Wir stellen vier Projekte vor, die ganz unterschiedliche Hintergründe und eine ebenso differenzierte Ausrichtung haben. Als erstes wird ein sehr junges Projekt vorgestellt, das von einem Hamburger sozialen Träger im Rahmen eines gesamten Integrationsprojektes für verschiedene benachteiligte Gruppen entstand. Dem folgt ein anlässlich der EXPO 2000 in Hannover errichtetes Projekt eines sozial engagierten Wohnungsunternehmens, das in der Internationalität der Bewohner auch eigene kommerzielle Interessen verwirklicht sieht. Als drittes Beispiel wird ein Projekt der Erneuerung einer Siedlung im Altbestand beschrieben, deren Erhalt bereits in den 80er Jahren vor allem auf das Engagement der Altbewohner, darunter viele MigrantInnen, zurückzuführen ist. Und zuletzt wenden wir uns einem noch nicht realisierten Projekt in Dortmund zu, das eigentlich nur gezwungenermaßen zu einem Wohnprojekt wurde, das aber wegen seiner ethnischen Ausrichtung auf erheblichen Widerstand aus der Umgebung stößt und dessen Verwirklichung bisher nicht in Sicht ist.

Das ‚Stiftungsdorf Gröpelingen‘ – ein soziales Integrationsprojekt, Bremen, 2003

„Wohnen im Alter für und mit Migrant(inn)en“ war auch das Thema eines bundesdeutschen Neubauprojektes, das auf Initiative eines Altenhilfeträgers, der Bremer Heimstiftung, zurückgeht und durch diese seit 2003 umgesetzt und bewirtschaftet wird.

Das Stiftungsdorf ist auf dem Gelände einer ehemaligen Feuerwache in Bremen-Gröpelingen, an der Elbinger Straße/Heerstraße im baulichen Zusammenhang mit einem öf-

fentlichen Multikulturellen Zentrum entstanden. Auch diese Lokalisierung inmitten eines gewachsenen Stadtteils sollte zur Integration im Stadtteil beitragen und spiegelt sich wider in der Einrichtung von Wohngruppen für Menschen verschiedener Alters- und Bevölkerungsschichten innerhalb des Stiftungsdorfes, mit ‚Wohnungen für ältere Menschen mit Serviceangebot‘, mit ambulanten Hausgemeinschaften für demenziell Erkrankte und jüngere Körperbehinderte und der Einrichtung einer Kinderkrabbelgruppe. Die Anlage wurde deshalb zum Beispiel barrierefrei geplant.

Mit der Errichtung eines Hauses für ältere türkische Muslime innerhalb dieses Integrationsprojektes reagierten die Planer auf die zunehmende Anzahl über 60 jähriger MigrantInnen und auf den inzwischen bekannt gewordenen steigenden Bedarf an Wohn- und Pflegeplätzen für diese Menschen im Stadtteil Gröpelingen. Diese können auch in Deutschland nicht mehr mit der Großfamilie rechnen, stehen der normalen Altenpflege skeptisch gegenüber und möchten gern im Umfeld ihrer Kinder bleiben. So wurde darauf geachtet, dass das Projekt in dem Stadtteil angesiedelt wurde, in dem die meisten der interessierten ausländischen Familien lebten.

Der Träger machte es sich hier zur Aufgabe, bei der Planung Kriterien für ein sogenanntes ‚muslimisches Wohnen‘ zu erfragen und umzusetzen – eine Neuheit! Einen Schwerpunkt legten die Planer deshalb auf eine frühzeitige Bewohnerbeteiligung. Die Entwicklung des Projektes wurde von der Bremer Heimstiftung gemeinsam mit den zukünftigen BewohnerInnen und den Mitgliedern der muslimischen Gemeinden – ‚Fatih Moschee‘ (Sunniten) und ‚Mevlana Moschee‘ (Aleviten bzw. Shiiten) – durchgeführt. In den Gesprächen wurden Wohnungstypen entwickelt, die einerseits in ihrer Ausstattung den Bedürfnissen der Muslime entsprechen und andererseits kostengünstig bleiben sollten. Mit einer relativ niedrigen Wohnungsgröße wurde z.B. auf die geringe Rente der meisten älteren MigrantInnen Rücksicht genommen und die Tatsache, dass viele von ihnen Pendler zwischen der Heimat und Deutschland sind, was regelmäßige zusätzliche Kosten verursacht.

Das Bauprojekt: Bei der Planung nach muslimischen Vorstellungen legten die Akteure vor allem Wert auf die ‚richtige‘ Ausrichtung des WCs, die Abstellmöglichkeiten für Schuhe im Eingangsbereich und den Gebetsraum mit Waschmöglichkeit in der Nähe der Wohnungen. Zusätzlich wurden hausinterne Gemeinschaftsflächen eingeplant, dazu gehören ein Raum für Frauen, ein Raum für Männer und ein Gebetsraum, die sich sämtlich zum Gartenhof hin öffnen. Von den insgesamt dreizehn Wohnungen befinden sich acht Ein-Personen-Wohnungen (37,5m²) und vier Zwei-Personen-Wohnungen für Ehepaare (45m²) auf den beiden Obergeschossen. Ein Laubengang erschließt die Wohnungen und führt auf eine gemeinsame Dachterrasse. Außerdem befinden sich im Erdgeschoß das Büro, die Küche, eine Betreuerwohnung, ein Gästeapartment und ein kleines türkisches Geschäft. Im Keller befinden sich noch weitere Abstell- und Nebenräume sowie ein großer Raum zum Waschen, Trocknen und Lagern.

Die Umsetzung: Ein zentrales Ziel lag in einer gesicherten Selbstorganisation des Projekts durch seine BewohnerInnen, die außerdem durch einen Betreuer auch über die Planungs-

zeit hinaus weiter garantiert werden sollte und wird. Den BewohnerInnen steht eine türkische Betreuerin als Ansprechpartnerin zur Verfügung, die durch Kooperation mit den Gemeinden und der örtlichen Leitung der Heimstiftung eine verlässliche Selbstorganisation des Projekts sicherstellt. Ein Teil der Wohnungen wurde durch das Amt für Wohnungs- und Städtebauförderung gefördert.

Die frühzeitige Beteiligung der zukünftigen türkischen älteren Bewohner und Bewohnerinnen kann als entscheidend für den Projekterfolg angesehen werden. Unter den MuslimInnen trägt vor allem die kulturelle Vielfalt des Stadtteils zur Akzeptanz der Anlage bei und damit die Nähe zu den Enkeln, zu den zwei großen ansässigen türkischen (religiösen) Gemeinden sowie die individuelle auf ihre religiöse Tradition ausgerichteten Wohnraumgestaltung. Es wird betont, dass der Beteiligungsprozess hierbei ausschlaggebend war; es wurden keine übertragbaren baulichen ‚Umsetzungskataloge‘ herangezogen oder entwickelt.

Das Projekt ‚Habitat Internationales Wohnen im Kronspark‘, ein Projekt zur EXPO 2000 des Gundlach Wohnungsunternehmens, Hannover, 2000

Im Ausrichtungsrahmen der EXPO 2000 wurde der Kronsberg, ein unmittelbar an das EXPO-Gelände angrenzender Stadtteil, zusammen mit anderen modellhaften Teilquartieren so entwickelt und bebaut, dass diese den prognostizierten Wohnungsbedarf der Stadt Hannover decken würden. Die Gesamtausrichtung aller Quartiere sollte unter Betrachtung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit erfolgen. Das Wohnungsunternehmen Gundlach beteiligte sich mit dem Schwerpunkt ‚Internationales Zusammenleben‘ und bezog sich ausdrücklich auf die in Hannover lebenden 14% Menschen mit ausländischem Hintergrund und warb deshalb ausdrücklich für eine Mieterschaft mit Menschen, „die multikulturell und tolerant wohnen wollen“ (Gundlach 1998).

Aus Zeitmangel musste auf eine Vorab-Mieterbefragung verzichtet werden. Konzeptvorbereitung und Planung des Bauvorhabens basierte hilfsweise auf einer repräsentativen Befragung von MigrantInnen in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat der Stadt Hannover. Nach Bezug erfolgte unter Leitung des von den Mietern gegründeten Nachbarschaftsvereins eine Beteiligung der BewohnerInnen unter anderem bei der Verwaltung und Pflege der Außenanlage. Hierzu wurden den BewohnerInnen Schulungen in Mietergartenpflege durch eine Landschaftsplanerin und ein Pflanzbasar im Frühjahr angeboten.

Das Bauprojekt: Bauprinzip war: ‚Familiengerechtigkeit, Offenheit, Flexibilität‘, 10% der Wohnungen sollten muslimischen Glaubensprinzipien entsprechen, Gemeinschaftsräume sollten für diverse Nutzungen bereitstehen, der Außenraum vielseitige Nutzungen von Eltern, Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Dies sollte trotz allem kostengünstig hergestellt werden und den Förderrichtlinien entsprechen. Die Wohnanlage umfasst mit seinen 3½-geschossigen Baukörpern 93 Wohnungen mit 44 unterschiedlichen Grundrisstypen, dabei Angebote für Singles bis zu Großfamilien, von 1- bis 7-Zimmer-Wohnungen. Im Inneren der Gebäude bieten verschiedene Wohnungs-Typen den BewohnerInnen die Mög-

lichkeit, unterschiedlichste Lebensstile und Wohnbedürfnisse zu leben. So bieten beispielsweise ‚Tandem-Wohnungen‘ die Möglichkeit, die große Wohnung einer jungen Familie mit einer kleinen Wohnung für die Großeltern zu kombinieren.

Die ‚Allraumwohnungen‘ darunter entsprechen am ehesten den Bedürfnissen muslimischer BewohnerInnen. Diese verfügen über möglichst viele gleich große Zimmer, die durch flexible Innenwände verschiedenen Nutzungen zugeführt werden können, als Wohn-, Schlaf-, Gäste- oder Frauenbereiche. Sie verfügen über eine große, zentrale Wohnküchen. Darüber hinaus haben sie Trennwände zwischen dem WC und einem Waschbecken für religiösen Waschungen, Toiletten, die nicht in die Gebetsrichtung Osten ausgerichtet sind, sowie einen Sichtschutz vor dem Schlaftrakt innerhalb der Wohnungen und Schiebejalousien an Fenstern und den Veranden als Sichtschutz vor (fremden männlichen) Nachbarn.

Im Zentrum der Anlage liegt ein Gemeinschaftshaus mit einer Teestube, einer Sauna, einem Fitnessraum, einem interreligiös nutzbaren Gebetsraum und einem großen Gemeinschaftsraum, der für Familienfeste und Feiern samt Ausstattung, wie z.B. Geschirr, von einem Hausmeister gemietet werden kann. Das Gemeinschaftshaus, ein Kiosk und eine Gaststätte gruppieren sich um einen Bouleplatz, der zusammen mit vielen anderen Spielmöglichkeiten die zentrale Hofanlage bildet. Ein ‚Waschhaus‘ ist das Zentrum eines anderen Hofes. Doch nicht nur den Erwachsenen bietet das Wohnen in der Anlage mehr als nur eine Unterkunft. Für die gesamte Siedlung werden unterschiedliche Jugendprojekte und Ferienprogramme für Mädchen und Jungen angeboten.

Eine Fahrrad-Tiefgarage und 115 Garagenstellplätze sind in dem leicht welligen Gelände derart angeordnet, dass halböffentliche Gartenräume entstehen, was noch einmal die Privatheit von Frauen schützen soll. Über das gemeinschaftlich orientierte Raumangebot hinaus, besteht für die BewohnerInnen die Möglichkeit, speziell für die Anlage angeschaffte Güter, wie z.B. Rasenmäher, Grill, Werkzeug etc., zu mieten, und dadurch, ebenso wie durch ein Carsharing-Angebot, eigene Anschaffungskosten zu minimieren. Die Gemeinschaftsflächen der Anlage sind der übrigen Kronsberger Bebauung zugewandt und schaffen darüber eine Integration des Habitat-Projekts in seine Umgebung.

Die Umsetzung: Der aktuelle Stand des Projekts wird sowohl von den Mietern und Mieterinnen als auch dem Wohnungsunternehmer als sehr positiv beschrieben, wobei letzterer seinen Nutzen in der sehr geringen Fluktuationsrate, seltenem Vandalismus und einer pünktlichen Zahlung der Mieten durch zufriedene Mieter sieht. Die Nachfrage nach Wohnungen in diesem Projekt ist immer noch groß und es besteht eine Warteliste. Mit einem MigrantInnenanteil von dreißig Prozent ist die Bewohnerschaft multikulturell so zusammengesetzt wie beabsichtigt. Das Projekt wurde mit Fördermitteln aus dem Sozialen Wohnungsbau finanziert. Die einzige Abweichung von den Zielen der Planung ist in der Nutzung der Gemeinschaftsflächen zu beobachten. Zum Teil führen die Bewohner und Bewohnerinnen das Raumangebot einer neuen Nutzung zu oder die Einrichtungen werden, wie im Falle der Grillplätze und Aufenthaltsflächen im Außenbereich, nur sehr selten genutzt.

Die ‚Ludwig-Frank-Genossenschaft‘, Erhalt einer 50er Jahre Siedlung in Selbsthilfe, Mannheim, 1990

Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Prozess der Umwandlung von sanierungsbedürftigem Altwohnbestand mit einer relativ hohen Beteiligung von MigrantInnen.

Der Baubestand: Die Ludwig-Frank-Siedlung umfasst etwa 400 Wohnungen im Bestand, mit einer Wohn- und Nutzfläche von 20.410m² und Grundstücksflächen von 19.892m². Die Wohnungen wurden zwischen 1949 und 1951 erbaut. Dem Umbau dieser Siedlung zu einem multiethnischen Projekt ging eine lange Auseinandersetzung um den Erhalt voraus.

Ende der 80er Jahre stand die Ludwig-Frank-Siedlung aus den 50er Jahren kurz vor dem Abriss, da bauliche Mängel und soziale Entwicklungen sich derart entwickelt hatten, dass ca. ein Viertel der Wohnungen leer stand. Die nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs schnell wieder aufgebauten Häuser in der Ludwig-Frank-Siedlung und im Lindenhof auf der Landteil/Waldparkstraße waren für damalige Verhältnisse sehr gut ausgestattet und galten lange Zeit als gute Wohnadresse. Mit steigendem Wohlstand und dementsprechenden steigenden Ansprüchen der MieterInnen an Größe und Ausstattung der Wohnungen entsprachen die Wohnungen jedoch im Laufe der Zeit nicht mehr den Vorstellungen vieler Bewohner. Nach dem Wegzug vieler angestammter Mieter belegten zunehmend ausländische Haushalte und sozial benachteiligte Familien die Wohnungen an ihrer Stelle. Soziale Konflikte, die Belegpraxis und der schlechte Bauzustand machten die Siedlung zunehmend zu einem ‚sozialen Brennpunkt‘. Vandalismus nahm extreme Formen an. Dies führte in den 1980er Jahren dazu, dass rund 100 Wohnungen, trotz der damals in Mannheim für Familien herrschenden Wohnungsnot, seitens der städtischen Wohnungsgesellschaft aufgelassen und nicht wieder vermietet wurden (vgl. Pahl 2003: 2). Nach und nach befanden sich die Häuser in einem so schlechten Zustand, dass der Abriss sinnfällig wurde. Der nach wie vor bestehende Wohnungsmangel und Vorschläge für eine preiswertere und gezielte Erneuerung führten jedoch schließlich zum Erhalt der Häuser.

Planungs- und Umbauprozess: Es entstand die Idee zur Gründung einer Genossenschaft durch die MieterInnen selbst, die dann für den Erhalt oder die Pflege ihrer Wohnungen zuständig würden. Bei der Wohnungsgesellschaft und der Stadt war diese Idee zu Anfang äußerst umstritten. Bei den Mitgliedern des Mieterbeirats und den Bewohnern der Siedlung fand der Vorschlag jedoch besonders viel Zustimmung. Schließlich konnte durch gute Vorarbeit und Überzeugung die Genossenschaft gegründet werden. 1989 wurde durch den Stadtrat der Erhalt beschlossen. Durch großes Engagement einzelner Personen aus dem genossenschaftlichen Bereich und diese deutliche politische Willensbekundung konnten die Häuser schließlich in die Wohnungsgenossenschaft überführt werden. Zielgruppe waren in erster Linie die schon in der Siedlung lebenden BewohnerInnen, Menschen aus zahlreichen Ländern mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten. Diese Tatsache war eine besondere Herausforderung für den Genossenschaftssektor, der bis dahin eine abwartende Zurückhaltung gegenüber MigrantInnen eingenommen hatte (vgl. Pahl 2003: 1).

Abb. 2: Gebäudebestand der Ludwig-Frank-Genossenschaft eG in Mannheim



Foto: M. Gottwald

Die Genossenschaft mit ca. 600 Mitgliedern besteht heute zu 65% aus MigrantInnen aus fünfzehn Nationen und zu 35% aus deutschen Haushalten, dabei sind 99% der BewohnerInnen Mitglieder.

Für die wichtigsten Erhaltungs- und Baumaßnahmen mussten öffentliche Kredite in Anspruch genommen werden. Doch weitere Maßnahmen sollten weitere Bedürfnisse und Anforderungen der Gemeinschaft erfüllen, wie die zum Beispiel die Schaffung einer Begegnungsstätte, die Eröffnung eines Regelkindergartens etc. Zur Trägerschaft und Finanzierung solcher Projekte wurde ein Förderkreis sowie die ‚Ludwig-Frank-Stiftung‘ gegründet, deren Zinserträge für weitere Maßnahmen zur Verfügung stehen sollten. Es wurden Projekte möglich wie Kinderbetreuung, Sprachunterricht und Sprechstunden für Eltern und Mieter, verschiedene Aktivitäten wie Computerkurse, Kreatives Arbeiten, Eltern-Kind-Gruppen und Spielnachmittage. Für diese Angebote können inzwischen drei fest angestellte SozialpädagogInnen sowie Honorarkräfte bezahlt werden.

Die Umsetzung: Die vielen Aktivitäten und das Zusammengehörigkeitsgefühl der BewohnerInnen haben anfänglich bestehende soziale Spannungen abgebaut und das Image des Problemgebietes und seiner Bewohnerschaft positiv verändert. Dazu trug und trägt auch eine intensive Imagearbeit bei. Weitere erforderliche Sanierungsmaßnahmen können inzwischen ohne neue Kreditaufnahmen aus den Eigenmitteln der Mitglieder und der Genossenschaft fortgeführt werden. Im Jahre 2003 hat die Genossenschaft bereits zwei Drittel der Kredite zurückbezahlt (vgl. Pahl 2003: 4). Das Projekt erhielt darüber hinaus zahlreiche Anerkennungen, besonders erwähnenswert darunter der World Habitat Award 1992, der einmalig nach Deutschland vergeben wurde.

Das Projekt ‚Am Grimmelsiepen – Wohnen im Park‘ im Konflikt, Dortmund, laufend

In Dortmund beabsichtigt der ‚Türkisch-Islamischer Kulturverein Hörde e.V.‘ im südlich gelegenen Stadtteil Hörde seit 2002 ein Wohnprojekt mit vierundfünfzig Eigentumswohnungen und zwanzig Einheiten ‚Betreutes Wohnen für SeniorInnen‘ für türkische und deutsche Interessenten zu verwirklichen.

Vorbereitung des Projektes: Ursprünglich war der Verein nur an einem Grundstück zur Errichtung eines Gemeindezentrums interessiert. Durch den Bau wollten die Vereinsmitglieder, mehrheitlich ehemalige Hoesch-Stahlwerk-Arbeiter, eine Alternative zu ihrem bisherigen Vereinshaus schaffen und damit einen würdigen Ort für die Ausübung ihrer Religion und für soziale, kulturelle, sportliche und geistige Aktivitäten der Jugendlichen und Frauen der Gemeinde. Der Verein hatte lange nach einem entsprechenden Grundstück gesucht, die Angebote der Stadt waren jedoch unzureichend, waren entweder zu weit entfernt vom Wohnort der meisten Mitglieder, in einem Industriegebiet oder entlang der Autobahn angesiedelt. Im Jahre 2002 wurde dem Verein eine begrünte Fläche unweit des Nebenzentrums Hörde angeboten, die im Flächennutzungsplan seit langem für Wohnbebauung vorgesehen war. Das bedeutete, dass der Verein das Vorhaben um ein Wohnprojekt erweitern sollte. Das war nicht schlecht, denn viele Vereinsmitglieder gehören bereits der sogenannten ‚Dritten Generation‘ an und haben aufgrund ihres Lebensmittelpunktes in Deutschland ein gesteigertes Interesse am Erwerb von Wohneigentum. Ein entsprechender Vorschlag wurde der Stadt von einem dem Verein nahe stehenden türkischstämmigen Architekten vorgelegt.

Das Bauprojekt: Das Bauvorhaben besteht nach dessen Plänen aus zwei funktionell voneinander getrennten Bereichen, dem Gemeindezentrum und dem ‚Wohnpark Grimmel siepen‘. Dazwischen ist eine Einheit für betreutes Wohnen für 24 alleinstehende bedürftige ältere Menschen geplant; in den Dachgeschossen sollen Studierende kostengünstige Wohnungen bewohnen, die sich nach dem Prinzip ‚Wohnen für Hilfe‘ an der Betreuung der älteren BewohnerInnen beteiligen sollen. Die Einheit des betreuten Wohnens wird aus sechs Reihenhäusern gebildet.

Von den 54 Eigenheimen des Wohnparks sind 20 Reihenhäuser und 34 Doppelhaushälften. Die Häuser des Wohnparks sind in Massivbauweise mit Ausbau- und Erweiterungsoption geplant. Die Größe und Gestaltung der Grundrisse bieten den BewohnerInnen viele Mitgestaltungs- und Variationsmöglichkeiten bei der Einrichtung der Häuser. Auf eine spezifisch muslimische Grundrissgestaltung bzw. Architektur wurde hier nicht abgezielt. Der türkisch-islamische Kulturverein möchte die geplanten Wohneinheiten keinesfalls ausschließlich an MigrantInnen vergeben und verfolgt das Ziel, die Hälfte der Siedlung an deutsche BewohnerInnen zu veräußern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll deutschen Käufern ein Nachlass von bis zu 10% des Kaufpreises eingeräumt werden.

Abb. 3: Die Brachfläche „Am Grimmelsiepen“ in unmittelbarer Nähe des Clarenbergs



Foto: J. Krapohl

Die Umsetzung gerät ins Stocken: Am 09.10.2003 beschloss der Rat der Stadt Dortmund eine Reservierung des Baugeländes in Hörde für das Projekt des Vereins, der entsprechende Vorhaltungsvertrag wurde im November 2003 unterzeichnet. Seither spielen Politik und Verwaltung jedoch offenbar auf Zeit, Unstimmigkeiten zwischen den Ämtern führen zu weiteren Verzögerungen. Der Moscheeverein bemüht sich in Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung und den ortsansässigen Kirchen intensiv um einen Dialog mit den Nachbarn und einen transparenten Prozess.

Insgesamt gestaltet sich der Realisierungsprozess aber bis heute zäh und schwierig. Kommunal- und Landtagswahlen haben immer wieder zu Auseinandersetzungen und auch zur Instrumentalisierung durch die Politik geführt. Eine Bürgerinitiative gegen das Bauprojekt hat mit Gegenkampagnen ein konstruktives Gestalten des Prozesses und transparente Vermittlung der Inhalte deutlich erschwert, ebenso wie Demonstrationen nationaler Gruppen Rechtsradikaler gegen das sogenannte ‚monokulturelle Ghetto‘. Hinzu kommen verschiedene Grundhaltungen des Liegenschafts- und Katasteramtes einerseits und des Planungsamtes andererseits und daraus resultierende nicht sehr fruchtbare Aushandlungsprozesse. Im Herbst 2006 ist das Vorkaufsrecht des Vereins abgelaufen, seither besteht keine Verpflichtung mehr seitens der Stadt. Verein und Stadt stehen zwar noch im Austausch, doch ob das Projekt tatsächlich realisiert werden kann, ist nicht einzuschätzen. Der Baubeginn war für Mitte 2005 geplant, jetzt scheint er in weite Ferne gerückt.

3. Fazit und Vorschläge an Wohnungsbaugesellschaften, EigentümerInnen und Kommunen

Aus dem bisher Dargestellten können wir zunächst feststellen: Während in den Niederlanden migrantInnenspezifisches Wohnen längst ein Teil offizieller Integrationspolitik ist, gilt für Österreich, dass diese Erkenntnis sich gerade entwickelt und MigrantInnen erst seit kurzer Zeit überhaupt Zugang zum öffentlichen Wohnungsbau haben. Der Beweggrund für diesen Wandel scheint vor allem ein wirtschaftlicher zu sein. In Wien erkennen die großen Wohnungsbaugesellschaften gerade erst, dass die neuen Mietergruppen im Wohnungsneubau die mittelständischen Familien mit Migrationshintergrund sein werden. Das beschriebene Projekt wurde zum Pilotprojekt auf dem Weg dorthin.

Ein Umdenken in den Wohnungsunternehmen und bei den politischen EntscheidungsträgerInnen ist notwendig! Die für Deutschland beschriebenen Projekte betten sich weder in eine neue Integrationspolitik ein, noch scheint sich bei den Kommunen und den Wohnungsanbietern die für Wien beschriebene Erkenntnis eines wirtschaftlichen Nutzens durchgesetzt zu haben. Die beschriebenen Projekte beruhen eher auf Einzelinitiativen von Wohlfahrts- oder Wohnungsunternehmen oder/und hauptsächlich auf Selbsthilfeinitiativen der betroffenen Gruppe. Dann aber, wo der ausdrückliche Wille zu einer migrantInnenspezifischen Ausrichtung des Wohnprojektes besteht und den ‚Geist‘ des Projektes ausmacht, führen die Projekte zum Erfolg und die Mieter, Genossenschaftler oder Käufer engagieren sich bei der Gestaltung, Belegung und Erweiterung des Wohnungsprojektes und werden zu integrierten BewohnerInnen ihres Stadtteils. Wie aber auch an dem Projekt Grimmelsiepen

in Dortmund zu sehen ist, gerät das Projekt in die Kritik, sobald eine spezifische Projektidee als ‚ethnisch‘ diskriminiert wird, und die Stigmatisierung wieder aufzuheben ist fast unmöglich. Umdenken ist unserer Meinung nach sowohl bei den Wohnungsunternehmen als auch bei den Kommunen im oben genannten Sinne notwendig.

Die Potenziale der MigrantInnen sind zu erkennen und zu aktivieren! Die Internationalisierung der Bevölkerung gilt als Chance und birgt erst dann Risiken, wenn sie in kommunalen Politiken und Strategien nicht anerkannt und berücksichtigt wird. MigrantInnen dürfen nicht immer wieder als ‚Belastung‘ angesehen werden, ihr soziales Kapital ist ein Potenzial, das benachteiligte Stadtteile stabilisieren kann. Voraussetzung ist ein Umdenken in den Städten, Strategien, Politiken und Infrastrukturen müssen hinsichtlich dieser real existierenden multikulturellen Gesellschaft, in der MigrantInnen Mehrheiten bilden werden, entworfen werden. Es gilt ein Klima der Offenheit für die Integration von MigrantInnen herzustellen. Darüber hinaus muss (an-)erkannt werden, dass viele Probleme nicht allein auf Stadtteilebene gelöst werden können, sondern eine Integration in gesamtstädtische und allgemeinpolitische Konzepte benötigen. (vgl. Meyer 2004: 99ff)

Die wachsende Heterogenität der Gesellschaft muss anerkannt werden! Der demografische Wandel sorgt mit dem Bevölkerungsverlust für eine Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen auf dem Wohnungsmarkt. Der Anteil der deutschen MieterInnen wird zurückgehen und die MigrantInnen müssen gezwungenermaßen mehr und mehr ins Blickfeld der Wohnungswirtschaft geraten. Deshalb lohnt es sich – auch ökonomisch – auf diese Zielgruppe ein- und zuzugehen. Aktivitäten zur sozialen Stabilisierung von Quartieren mit hohem Zuwandereranteil liegen auch im wirtschaftlichen Interesse der Anbieter. Zufriedene MieterInnen verhindern Fluktuation, Vandalismus und zahlen regelmäßig, wie festgestellt wurde (vgl. Hansen 2001: 261). Ein qualitativ befriedigendes Wohnumfeld und eine qualitativ ausreichend ausgestattete Wohnung, die Möglichkeit gemäß eigener Tradition und Lebensstil leben und wohnen zu können, bedeutet Anerkennung, Respekt und darüber die Möglichkeit zur Integration. Die Wohnungsunternehmen müssen deshalb aus unserer Sicht dafür Sorge tragen, dass sie auf die wachsende Heterogenität, sprich die ethnisch-kulturelle Vielfalt, ihrer Mieterschaft reagieren. „Die Langlebigkeit des Gutes Wohnung sowie der Planungs- und Finanzierungshorizont, beides Besonderheiten der Immobilienwirtschaft, erfordern in hohem Maße unternehmerischen Weitblick und Sensibilität für längerfristige gesellschaftliche Entwicklungen“ (Ludl 2003: 11f.). Es muss auch in der Politik die Illusion von Mehrheits- und Minderheitengesellschaften aufgegeben werden: MigrantInnen werden immer wichtiger als ‚neue Klientel‘.

Es fehlen Wissen und Erfahrung mit der zunehmenden interkulturellen Realität! Unsere Ergebnisse zeigen im Gegensatz dazu, dass sich in Deutschland nur vereinzelte Initiativen, aber kaum umfassenden Handlungsansätze oder systematische Strategien erkennen lassen (vgl. Staubach 2005: 211f.). Es fehlen bislang ausreichende Kenntnisse und die Sensibilität für die Thematik (vgl. Verbundpartner 2005: 25). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von

Wohnungsunternehmen müssen in interkultureller Kompetenz geschult werden. MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sollten langfristig eingestellt werden. Wichtig ist z.B. Mehrsprachigkeit: Wohnungsunternehmen, freie Träger und Kommunen sollten ihre Broschüren und Informationsblätter in den gängigsten Sprachen ihrer ausländischen Klientel verfassen.

MigrantInnen sind als PartnerInnen zu begreifen! Kommunen wie Wohnungsunternehmen müssen versuchen, unter den MigrantInnen neue Partner zu finden und ihre Potenziale und Kompetenzen in die Prozesse mit einzubringen. Die Einbeziehung von MigrantInnenselbstorganisationen, wie z.B. Moscheevereinen, hat sich als nützlich erwiesen. Bestehende soziale Netze können und sollten im Vorfeld von Planungen genutzt werden. Dies kann

Abb. 4: Soziale Einrichtungen als wesentlicher Bestandteil der Konzepte



Foto: M. Gottwald

auch zu einem hohen Maß an Identifikation und Aktivierung BewohnerInnen führen, das den Erfolg der Maßnahmen erhöhen wird. Die Beteiligung von MigrantInnen erfordert unter Umständen ganz neue Beteiligungsverfahren im Zuge von Planungs- und/oder Sanierungsprozessen. Kreativität ist auch dabei gefragt und ein an den Bewohnern orientiertes Vorgehen (siehe den Beitrag von Dönitz/Meyer in diesem Band), z.B. Haustürgespräche mit der bestehenden Bewohnerschaft, Befragungen von MigrantInnen an Orten, wo sie außerhalb der Wohnungen anzutreffen sind, wie Cafés,

Geschäfte, Teestuben. „Wichtigstes Instrument zur Aktivierung von Zuwanderern in der Bewohnerschaft ist das gesprochene Wort, der persönliche Kontakt“, sie sollten an ihren alltäglichen Kommunikationsorten angesprochen und informiert werden, am besten finden Beteiligungsangebote direkt an diesen Orten statt (vgl. Verbundpartner 2005: 43; siehe auch der Beitrag von Dönitz/Meyer in diesem Band).

Was die besonderen Ansprüche an das Wohnen und an das Wohnumfeld vor allem muslimischer Wohnbürger angeht, haben mehrere der beschriebenen Projekte beispielhaft die wichtigsten Aspekte umzusetzen versucht. Sie bezogen sich auf:

- neue Ansprüche an den Außenraum,
- neue Ansprüche an Gemeinschaftsräume,
- neue Ansprüche an Grundrissgestaltung,
- Möglichkeiten des Mehrgenerationenwohnens,
- glaubens-spezifische Raumanforderungen.

Die oben beschriebenen Beispiele zeigen darüber hinaus, wie wichtig Gemeinwesenarbeit ist, was eine geregelte Betreuung bedeutet, feste Ansprechpartner sowie Räume, Akteure und Gelegenheiten, die den Prozess der Kommunikation und des Austausches befördern. Dazu bedarf es eines großen Engagements und ganzheitlicher Konzepte, die MigrantInnen als integralen Teil der Gesellschaft anerkennen.

Anmerkungen

- 1 *Der Projektauswahl lag auch eine Studie am ILS von 2003 zugrunde, in der die Vorstellung von Projekten mit relativem Neuerungswert und ausdrücklicher Qualitätsorientierung auf eine bestimmte MigrantInnengruppe Absicht war. Die Beschreibung einzelner Praxisbeispiele beruht zu Teilen auf einer Recherche im Vorfeld der Veranstaltung „Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten“ im ILS NRW 2003, in die Marc Gottwald involviert war; die Recherche wurde maßgeblich von Dipl.-Arch. Kerstin Altmann durchgeführt.*
- 2 *Zur Einordnung: Musterd (2004: 225) weist darauf hin, dass die in den Niederlanden bedeutende Gruppe der Surinamer niederländische ‚Native Speakers‘ seien, also keine Sprachbarrieren wie bei anderen Gruppen bestehen; dies führe auch zu einer erhöhten Bildungsbeteiligung.*

Bibliografie

- Bundesbeauftragte (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) (2005): 6. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin
- Bremer, Peter (2000): *Ausgrenzung und die Spaltung der Städte; Zur Lebenssituation von MigrantInnen*. Opladen
- Gans, Paul (2006): Einführung. In: Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.), S. 1f.
- Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.) (2006): *Demographische Trends in Deutschland; Folgen für Städte und Regionen; Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6*. Hannover
- Gottwald, Marc (2005): *Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten – Erkenntnisse aus Praxis und Forschung*. In: ILS (Hg.): *Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten; Erfahrungen, Ansätze, Strategien*. Dortmund, S. 18-23
- Gundlach Wohnungsunternehmen (Hg.) (1998): *Wollen Sie besser wohnen?; Habitat internationales Wohnen im Kronsberg*; Projektkatalog. Hannover
- Hansen, Peter (2001): *Planen, Bauen und Verwalten für eine multikulturelle Gesellschaft; Das Habitat-Projekt am Kronsberg in Hannover*. In: Schader-Stiftung (Hg.): *wohn:wandel; Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens*. Darmstadt, S. 252-262
- Hansen, Peter (2005): *Habitat – Ein Beispiel für internationales Stadtleben*. In: ILS (Hg.): *Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten; Erfahrungen, Ansätze, Strategien*. Dortmund, S. 45-56
- Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (2000): *Substandard, Mietwucher und Segregation – Die Wohnsituation von AusländerInnen in Wien*. In: *derive Zeitschrift für Stadtforschung* No 2 2000. Online unter www.derive.at (zuletzt abgerufen am 13.03.06)
- Ludl, Herbert (Hg.) (2003): *Das Wohnmodell inter-ethnische Nachbarschaft*. Wien/New York
- Meyer, Christian (2004): *Internationalisierung als Herausforderung und Chance der Stadtentwicklung*. In: MSWKS (Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW) (Hg.): *Stadtbau West; Intelligentes Schrumpfen; Tagung am 27. November 2003*. Düsseldorf, S. 98-107
- Musterd, Sako (2004): *Die europäische Stadt als Ort der Integration? Das Beispiel Amsterdam*. In: Siebel, Walter (Hg.) (2004): *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main, S. 219-229
- Pahl, Walter (2003): *Integration von Nutzern und Mietern mit Migrationshintergrund* (Vortrag in Würzburg 18.XI.2003); Manuskript. o.O.
- Schlömer, Claus (2006): *Bestimmungsfaktoren der zukünftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland*. In: Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.), S. 4-16
- Sozialbau AG, Gemeinnützige Wohnungsbauaktiengesellschaft (Hg.) (2003): *Das Integrationsprojekt „Interethnische Nachbarschaft“ – Ein innovatives Projekt für allseitige Lernprozesse; Kurzfassung Evaluationsbericht*. Wien, online unter <http://www.sozialbau.at/pdf/studie%20Interethnisches%20Wohnmodell.pdf>, zuletzt abgerufen am 23.05.2006
- Staubach, Rainer (2005): *Migrant(inn)en als Kunden; Zum Umgang der Wohnungswirtschaft mit ethnisch-kultureller Vielfalt*. In: *RaumPlanung* 122, S. 208-212
- Verbundpartner (Verbundpartner "Zuwanderer in der Stadt") (Hg.) (2005): *Zuwanderer in der Stadt; Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*. Eigenverlag Darmstadt
- Waltersbacher, Matthias (2006): *Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt*. In: Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.), S. 112-130
- Waltz, Viktoria/Fischer-Krapohl, Ivonne/Bursa, Ülkü (2004): *MigrantInnen in der schrumpfenden Stadt*. In: *vhw Forum Wohneigentum*, Heft 5 Oktober/November 2004, S. 268-271

Teil IV
MigrantInnen als Partner
in der integrierten Stadtteilentwicklung

Uli Dönitz, Christian Meyer

Stadtteilarbeit in Zeit und Raum – wo sind die Migranten?

Das Bund-Länder-Programm ‚Die Soziale Stadt‘ und verschiedene Handlungsprogramme auf Länderebene reagieren auf wachsende Problemlagen in benachteiligten Stadtquartieren mit einer Bündelung von Ressourcen und einer Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in die Stadtteile. Wir verstehen unseren Beitrag nicht als eine grundlegende Kritik an diesem Ansatz, sondern als eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Umsetzung dieser Programmansätze. Denn die integrierte und sozialraumbezogene Herangehensweise – der eigentliche Kern der Programme – entspricht genau dem, was wir in unseren Handlungsempfehlungen vorschlagen werden. Es kommt aus unserer Sicht aber darauf an, diesen Kern in der alltäglichen Praxis der Arbeit am und im Programm auch systematisch und methodisch umzusetzen. Hier liegen Referenzerfahrungen vor – es gibt gute Beispiele. In der Breite scheitert aber die raum- und bewohnerorientierte Umsetzung von Stadtteilprojekten oft an den traditionellen sektoralen Strukturen, an engen Zeithorizonten und Vorgaben durch die Landes- und Bundesebene, die die Einbindung der tatsächlich Benachteiligten und Betroffenen erschweren. Obwohl die integrierten Handlungsansätze als Meilensteine in der Stadterneuerung anzusehen sind, kranken sie aber dennoch an den sektoralen Strukturen der kommunalen Verwaltung und der Landespolitik. Hier treffen unterschiedliche Logiken aufeinander. Auf der Stadtteilebene besteht eine sozialraumorientierte Logik, die Projekte und Maßnahmen in die Entwicklung des Stadtteils einordnet. Dies funktioniert bei Mikroprojekten sehr gut, da man hier nur auf Stadtteilakteure bei der Umsetzung angewiesen ist. Im Gegensatz dazu ist die Durchführung von größeren Projekten, die auch das Handeln anderer stadtweit agierender Akteure erfordern, meist schwieriger. Hier trifft die sozialraumorientierte Logik auf (teil-)aufgabenorientiert und sektoral denkende und handelnde Akteure. Über Investitionen in die Infrastruktur wird dann nicht auf der Basis eines strategischen Gesamtkonzepts für einen Stadtteil oder Stadtbezirk entschieden, sondern aufgrund von Kriterien wie ‚Baufälligkeit‘, ‚Auslastung der Infrastruktur‘ oder Ähnlichem. Dies macht deutlich, dass in vielen Fällen sehr unterschiedliche Akteure an dem Prozess beteiligt sind und ihre Interessen einbringen. Unsere Frage ist, ob und wie genau die Stadtteilprojekte mit all diesen Aushandlungsprozessen die tatsächlichen Bedürfnisse der Bewohner treffen.

Die Bewohner benachteiligter Quartiere sind nicht nur von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Soziale Ausgrenzung tritt zunehmend als ein sehr vielschichtiges Problem in den Blickpunkt, das sich aus der Überlagerung verschiedener Dimensionen der Benachteiligung entwickelt (Madanipour 1998: 86; Murie/Musterd 2004: 1441f.):

- Ökonomische Dimension: Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transferleistungen.
- Politische Dimension: mangelnder Zugang zu Entscheidungsprozessen (z.B. kein Wahlrecht, keine Vertretung in lokalen Entscheidungsforen).
- Räumliche Dimension: begrenzter Zugang zum Wohnungsmarkt sowie oft physische Barrieren für den Zugang zu Innenstädten und anderen Stadtteilen (Schienennetze, Autobahnen, periphere Lage); der eigene Stadtteilraum ist verwahrlost und oft durch nahe Industrieareale ökologisch belastet.
- Bildungsdimension: Insbesondere Migranten sind von einem deutlich geringeren Bildungsniveau betroffen.

Ergebnis dieser Überlagerung von verschiedenen Dimensionen der Benachteiligung ist ein Gefühl der Ohnmacht. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten, die nach wie vor im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ein deutlich niedrigeres Schul-, Ausbildungs- und Einkommensniveau aufweisen und sehr viel häufiger von Armut betroffen sind. Das fehlende kommunale Wahlrecht für Migranten verdeutlicht diese Ohnmacht, sind es doch in Wahlbezirken mit hohen Nichtdeutschenanteilen nur Minderheiten, die die Mehrheiten wählen.

Laut der letzten verfügbaren Prognose¹ zur Entwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung in NRW des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahrzehnten in immer mehr Stadtteilen Migranten die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen werden. Die Bevölkerungsstruktur von morgen zeigt sich schon heute in den Grundschulen ethnisch segregierter Quartiere größerer Städte. Dort findet sich immer häufiger eine Schülerschaft mit einem Migrantenanteil von über 50%. Bezogen auf die momentane Dynamik sozialräumlicher Polarisierung ist alarmierend, dass nach aktuellen Studien (vgl. ILS/ZEFIR 2003) eine zunehmende Überlagerung sozialer und ethnischer Segregation entsteht, so dass inzwischen die Aussage „Dort, wo die meisten armen Menschen leben, leben auch die meisten Nichtdeutschen“ immer öfter die (groß-)städtische Wirklichkeit beschreibt. (vgl. ILS/ZEFIR 2006)

Bei den Programmstadtteilen der sozialen Stadt NRW haben wir es überwiegend mit multikulturellen Stadtteilen zu tun. Wird von einer sozialen Stabilisierung der Quartiere gesprochen, bezieht sich dies oftmals auf die Gruppe der Migranten. Die Beteiligung der Bewohnerschaft in den Prozess der Stadterneuerung ist dabei ein Grundsatz des Landesprogramms in NRW. Das Erreichen von Migranten als Zielgruppe von integrierten Handlungsansätzen zur Stadteilerneuerung ist aber abhängig von den gewählten Methoden. Will man langfristige Erfolge erzielen, müssen Migranten in die Prozesse einbezogen werden. Es geht nicht darum, Stadterneuerung für Migranten, sondern mit Migranten zu betreiben. Letztendlich geht es um die Freisetzung von Selbsthilfepotenzialen, also darum, Hilfestellungen bei der Lösung von Problemen zu geben.

Forschungskontext: Neighbourhood Governance Projekt

Dieser Artikel stützt sich auf Ergebnisse eines Forschungsprojektes mit Partnern und Fallstudien in neun Ländern und zehn Städten der Europäischen Union. Ziel der Forschungen war es, den Einfluss von Steuerungsstrukturen auf den Erfolg oder Misserfolg von Stadttei-

entwicklungsprojekten hinsichtlich der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu untersuchen. Die Fragestellung und das Ziel des Projektes hatten sich aus vorangegangenen Projekten des Netzwerkes ergeben, die festgestellt hatten, dass in der Stadterneuerung zu sehr nach ‚Lösungen‘ gesucht wird, dass aber die möglicherweise entscheidenden Fragen für die Förderung von sozial isolierten Bevölkerungsgruppen nicht danach fragen „was?“ angeboten wird, sondern „wie?“ und „von wem?“ es entwickelt wird. Der Prozess des Stadterneuerns, die Interaktion zwischen verschiedenen Bewohnern und Akteuren und ihrem Stadtteil steht damit im Mittelpunkt (vgl. Cars/Edgren-Schori 1998: 273f.). Die Ergebnisse in Form von einzelnen Projekten stehen im Hintergrund oder werden gemessen an der Frage, ob sie den Prozess fördern oder nicht. Welche Prozessqualitäten sind entscheidend? Soziale Benachteiligung hat sehr vielschichtige Dimensionen und neben Arbeit, Einkommen und Zugang zu staatlichen Leistungen spielt der Zugang zu sozialen Netzwerken und Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle (vgl. Murie/Musterd 2004: 1441f.; Madanipour 1998: 86). Von grundlegender Bedeutung für die integrative Wirkung eines Stadterneuerungsprozesses ist es vor diesem Hintergrund, ob diejenigen, deren gesellschaftliche Ausgrenzung überwunden werden soll, Zugang zu den Kommunikations-, Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen haben. Soziale Integration findet statt, wenn durch die Interaktion neue Gruppen und Beziehungen unter Akteuren entstehen und die vormals ausgegrenzten eine Position in einem neuen Gefüge finden (vgl. Healey 1998).

Wesentliche Forschungsfragen im Rahmen des Neighbourhood Governance Projektes waren:

- Welche Rolle haben insbesondere benachteiligte Bewohner in der Stadterneuerung?
- Wer ist in formelle und informelle Netzwerke zur Aushandlung und Entscheidungsfindung eingebunden und wer ist sozial ausgeschlossen?
- Worin bestehen Barrieren für die Beteiligung von benachteiligten Gruppen?
- Wie können angemessene Foren der Kommunikation, Aushandlung, Entscheidung und Umsetzung entwickelt werden?

Das Forschungsprojekt gliederte sich in drei Phasen: Zunächst wurde eine Auswahl von Stadtteilbewohnern zu ihrem Alltagserleben und ihrer Wahrnehmung der Stadtteilprojekte befragt. In einem zweiten Schritt wurden Professionelle und Aktivisten aus dem Stadtteil mit Bezug zum Stadtteil befragt und mit den Wahrnehmungen der Bewohner konfrontiert. Im dritten Schritt wurden die Ergebnisse der ersten beiden Phasen mit ausgewählten Interviewpartnern noch einmal vertiefend diskutiert und überprüft.²

1. Raum- und Zeitstrukturiertheit

Die Unterscheidung in raumstrukturierte und zeitstrukturierte Bewohner, die diesem Artikel zugrunde liegt, entstand für uns aus zwei Quellen: aus unserer Erfahrung mit Interviewpartnern und unabhängig davon aus der Auseinandersetzung mit den Thesen über die raum- bzw. zeitstrukturierte Kindheit und Jugend (vgl. May 2003).

Einstieg in die empirische Feldarbeit der Fallstudie Wuppertal-Ostersbaum bildeten Interviews mit Stadtteilbewohnern. Ziel war es, mit den Interviews möglichst alle im Stadtteil vertretenen benachteiligten Gruppen zu befragen. Nach den ersten Interviews mussten

wir aber feststellen, dass wir zwar einige dieser Gruppen befragt hatten, aber das Gros der von uns als benachteiligt eingestuften Bewohner nicht zu einem Interview zu bewegen war. Zufall?

Eine Zwischenbilanz unserer Interviewstrategie ergab folgendes Bild: Wir hatten den ersten Kontakt zu unseren Interviewpartnern in der Regel über ein Telefonat aufgenommen, um dann einen Interviewtermin zu vereinbaren. Wir waren dabei nach einer Stichprobe des Amtes für Statistik vorgegangen. Zwar hatten wir die Kontakte zu allen Gruppen gleichermaßen aufgenommen und zum Teil auch Termine vereinbart. Interviews kamen auf diese Weise allerdings nur mit Bewohnern zustande, die

- in der Regel Arbeit hatten,
- in verschiedenen Freundeskreisen stadtweit und regional aktiv waren,
- in der Mehrzahl der Fälle deutsch waren,
- in der Regel nicht unserer Vorstellung von ‚Benachteiligung‘ entsprachen.

Suchten wir nach einer Gruppe von ‚Benachteiligten‘, die es so gar nicht gibt? In einigen Fällen waren die Interviews daran gescheitert, dass wir zwar einen Termin vereinbart

hatten, zum vereinbarten Termin aber die Interviewpartner nicht zu Hause waren. Um nicht ‚umsonst‘ nach Wuppertal in den Stadtteil gefahren zu sein, suchten wir dann spontan nach Interviewpartnern ‚auf der Straße‘. Zufällig – oder typischerweise – ergaben sich hierbei Interviews mit Bewohnern, die als benachteiligt charakterisiert werden können.

Diese intensive Interviewphase des Projektes fiel zeitlich zusammen mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den empirischen Befunden über das Aufwachsen in der Großstadt von Michael May, der sich auf Zeiher/Zeiher (1998) bezieht. Sie unterscheiden mit zunehmendem Alter zwei Gruppen von Heranwachsenden und bezeichnen sie als ‚raumstrukturiert‘ bzw. ‚zeitstrukturiert‘; nähere Ausführungen zu den Begriffen folgen. Wir konnten diese Unterscheidung bei unseren Interviews nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen finden. Darüber hinaus deutete unsere eigene Erfahrung mit den Interviewpartnern darauf hin, dass mit dieser Unterscheidung auch Differenzen in der Ansprechbarkeit der Bewohner verbunden sind. Grund genug, die gesammelten Interviews auf diesen Aspekt hin zu analysieren.

Die grundsätzliche Unterscheidung in Zeit- und Raumstrukturiertheit, wie sie Michael May für Jugendliche beschreibt, greifen wir dabei auf, entwickeln sie für Erwachsene

Abb. 1: Wuppertal-Ostersbaum



Foto: V. Völker